

Antrag: A 1 Hessen braucht den Politikwechsel
Antragsteller: Landesvorstand
Adressaten: SPD-Landtagsfraktion

I. Was wir erreicht haben

1. Die hessische SPD mit Andrea Ypsilanti an der Spitze hat am 27. Januar einen hervorragenden Wahlerfolg errungen. Wir konnten 210.000 Wählerinnen gegenüber der letzten Landtagswahl hinzugewinnen. Das entspricht einem Plus von 7,6 Prozentpunkten. Seit dem Jahr 2001 war dies – neben dem Wahlerfolg in Rheinland-Pfalz – der einzige Zuwachs bei einer Landtagswahl. Mit 36,7 Prozent lag die SPD auch über dem hessischen Ergebnis der vergangenen Bundestagswahl.
2. Klarer Wahlverlierer ist Roland Koch. Die CDU hat jeden 4. Wähler der vergangenen Landtagswahl und insgesamt 324.000 Stimmen verloren. Ein Verlust in dieser Größenordnung ist historisch. In Hessen ist dies die größte Verschiebung in der Wählerschaft der Nachkriegsgeschichte.
3. Die SPD konnte Stimmen aus allen Lagern gewinnen: 90.000 Stimmen Nettogewinn von der CDU, 66.000 Stimmen von den Grünen, dazu konnten 68.000 Stimmen aus dem Nichtwählerlager mobilisiert werden.
4. Die so genannte Linkspartei hat dank des klaren Profils der Hessen-SPD schlechter abgeschnitten als in den anderen westlichen Bundesländern. Sie wäre an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert, wenn sie nicht durch die CDU-Hetzkampagne in den Mittelpunkt der Schlussphase des Wahlkampfes gerückt worden wäre.
5. Das gute Ergebnis für die SPD ist der Erfolg einer mehrjährigen inhaltlichen Profilierung, mit der konsequent die Sorgen und Nöte der Menschen in Hessen aufgegriffen und mit der Perspektive für ein modernes, zukunftsfähiges und sozial gerechtes Land verbunden wurden.
6. Der SPD in Hessen ist es gelungen insbesondere junge Frauen (46,7 %) anzusprechen; es gelang ihr - wie seit Jahren nicht mehr - junge Menschen zu überzeugen. Auch bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie bei Arbeitslosen schnitt die SPD überdurchschnittlich ab. Insbesondere bei Selbständigen und Beamten lag die SPD weit vorn.
7. Mit unseren Wahlkampfthemen soziale Gerechtigkeit, bessere Bildung, gebührenfreie Hochschulen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, erneuerbare Energien, gute Arbeit, Mindestlohn und der Ankündigung, das Tarifdiktat im Öffentlichen Dienst zu beenden, haben wir erfolgreich deutlich machen können, dass wir uns der Probleme dieser Menschen annehmen.
8. Als richtig erwies sich auch die Entscheidung, von Beginn des Wahlkampfes an auf die inhaltlichen und personellen Gegensätze zwischen SPD und CDU zu setzen. Die Wahlbeteiligung lag in Hessen höher als bei allen anderen Landtagswahlen, die seit der letzten Bundestagswahl stattgefunden haben. Es waren zu einem Großteil unsere Wählerinnen und Wähler, die gegenüber 2003 an die Urnen zurückgekehrt sind.
9. Diese Erfolge hat die SPD nicht allein durch gute Wahlwerbung erzielt. Sie sind vielmehr das Ergebnis jahrelanger politischer Arbeit: Nachdem Wahldebakel von 2003 ist es der hessischen SPD gelungen, ihre gesellschaftlichen Fundamente wieder zu stärken. Sie konnte Vertrauen bei den Gewerkschaften in Hessen wieder herstellen, die Gesprächsebene zu den Schüler-, Lehrer- und Elternverbänden neu aufbauen und Glaubwürdigkeit in Fragen der sozialen Gerechtigkeit zurückgewinnen. Mit unserem engagierten Energieprogramm ist es uns gelungen, neue, zukunftsorientierte Themenfelder zu besetzen und damit neue Hoffnung und Zuversicht auszulösen. Ohne diesen Prozess der inhaltlichen Neuaufstellung und der Rückgewinnung der Meinungsführerschaft in vielen Themenfeldern wäre es nicht möglich gewesen, neue

Wählerschichten zu erschließen und von Roland Koch enttäuschte Wählerinnen und Wähler so zahlreich an die SPD zu binden. Die üble Kampagne der CDU im vergangenen Landtagswahlkampf war eine Verzweiflungstat. Die CDU musste feststellen, dass die hessische SPD und ihre Spitzenkandidatin Woche für Woche an Akzeptanz und Kompetenzzuweisung gewann und die CDU und Roland Koch in gleichem Maße an Zustimmung verlor. Deutlich wurde dies insbesondere an der CDU-Kampagne zur Jugendkriminalität, mit der die CDU unsere Unterschriftensammlung für gerechte Löhne zu kontern versuchte.

10. Die hessische SPD hat mit der Landtagswahl lange verloren geglaubtes Terrain zurückerobert und damit der Volkspartei SPD ein Stück Zukunftsfähigkeit zurückgeben.

II. Wahlerfolg auch im Bund

1. Die Erfahrungen aus der Hessenwahl weisen über unser Bundesland hinaus. Die hessische SPD hat eindrucksvoll bewiesen, dass das Thema soziale Gerechtigkeit die solidarische Mehrheit der Gesellschaft mobilisiert.
2. Soziale Gerechtigkeit ist und bleibt der Kernthema der Sozialdemokratie. Die hessische SPD hat mit ihrem Einsatz für soziale Gerechtigkeit, gute Arbeit, bessere Bildung, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Erneuerbare Energien gezeigt, wie die Sozialdemokratie über die Ergebnisse der Großen Koalition auf Bundesebene hinaus Erfolg versprechend Themen setzen kann.
3. Gerade im Bundestagswahlkampf 2009 wird die zentrale strategische Entscheidung darin bestehen, glaubwürdig diese Themen zu besetzen und als Einheit zu verstehen. Mit den Beschlüssen des Hamburger Parteitags wurde eine wichtige Grundlage für den Wahlerfolg in Hessen gelegt. Die Beschlüsse sind auch eine gute Grundlage für einen Erfolg bei der Bundestagswahl 2009.
4. Wir fordern die Bundespartei auf mit einem klaren, unverwechselbaren sozialdemokratischen Profil die Bundestagswahl vorzubereiten. Die SPD ist und bleibt die linke Volkspartei. Wir wissen, dass die Werte der Solidarität und das Eintreten für soziale Gerechtigkeit den eigentlichen Zusammenhalt unserer Gesellschaft herstellen.

III. Unser Weg nach der Landtagswahl

1. Der Parteitag stellt fest, dass sich der Landesvorstand intensiv um die Bildung einer stabilen Regierungsmehrheit im Hessischen Landtag bemüht hat. Die Haltung der FDP trotz zahlreicher Gesprächsangebote eine inhaltliche Diskussion über Hessens Zukunft beharrlich zu verweigern, war und ist inakzeptabel. Die FDP ist damit ihrer staatspolitischen Verantwortung nicht gerecht geworden.
2. Der Parteitag stellt fest, dass die CDU bis heute ohne echte Einsicht in ihre katastrophale Politik der letzten neun Jahre geblieben ist. Die Positionierung der Hessen-CDU, wie sie in der Bad Wildungener Erklärung Ausdruck findet, dokumentiert ihre andauernden All-Machtsphantasien. Auch nach den erfolgten Sondierungsgesprächen mit der CDU sind die inhaltlichen und personellen Hürden für die Bildung einer Großen Koalition offenkundig. Eine solche Koalition wird deshalb weiter ausgeschlossen.
3. Der Landesvorstand und die Landtagsfraktion haben deshalb die Möglichkeit zur Bildung einer Minderheitsregierung geprüft. Es darf nicht sein, dass in einem 5-Parteien-Parlament bei Verweigerungshaltung der FDP nur eine Große Koalition zu einer sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung führen kann.
4. Nach der Erklärung einer Abgeordneten sich diesem Weg nicht anzuschließen, hat Andrea Ypsilanti folgerichtig erklärt, dass sie am 5. April nicht als Ministerpräsidentin im Hessischen Landtag kandidiert.

IV. Was wir tun werden

1. Wir stehen gegenüber den Wählerinnen und Wählern weiterhin in der Pflicht, einen Politikwechsel in Hessen einzuleiten. Das bedeutet insbesondere:
 - eine bessere und gerechtere Bildungspolitik,
 - die Abschaffung der Studiengebühren,
 - den Ausstieg aus der Atomenergie und die Abkehr von fossilen Großkraftwerken hin zu Erneuerbaren Energien,
 - mehr Prävention und eine bessere personelle Ausstattung von Polizei und Justiz
 - das soziale Netz in Hessen neu knüpfen.
 - für „Gute Arbeit“ und Mindestlohn eintreten
 - die Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder
 - eine zukunftsfähige Mittelstandsförderung und gute Infrastrukturpolitik in Hessen
2. Die SPD-Landtagsfraktion wird deshalb aufgefordert, alle parlamentarischen Möglichkeiten zur Umsetzung dieses Politikwechsels zu nutzen und möglichst viele Themen unseres Wahlprogramms in die parlamentarische Arbeit des Landtags einzubringen. Um entsprechende Mehrheiten im Hessischen Landtag herstellen zu können, wird die Landtagsfraktion aufgefordert, alle Fraktionen in die Mehrheitsfindung einzubeziehen; das gilt auch für die Linkspartei.
3. Die hessische SPD wird in den kommenden Monaten gefordert sein, einen engen Schulterschluss zwischen der Politik in den Kommunen und auf Landesebene herbeizuführen.